

It's the Internet, stupid!

Die Linken und die »Schienennetze« des 21. Jahrhunderts



Herausgegeben von

Bodo Ramelow, Petra Sitte, Halina Wawzyniak, Christoph Nitz

VSA

linke-medienakademie.de – ein Projekt der
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Bodo Ramelow/Petra Sitte/
Halina Wawzyniak/Christoph Nitz (Hrsg.)
It's the Internet, stupid!

Bodo Ramelow/Petra Sitte/
Halina Wawzyniak/Christoph Nitz (Hrsg.)

It's the Internet, stupid!

Die Linken und die »Schienennetze«
des 21. Jahrhunderts

Veröffentlicht von
Linke Medienakademie –
ein Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.
www.rosalux.de

www.dielinke-netzpolitik.de

www.linke-medienakademie.de

www.vsa-verlag.de

Redaktionelle Bearbeitung: Robert Meyer

Inhalt

| | |
|--|----|
| Bodo Ramelow/Petra Sitte/Halina Wawzyniak/Christoph Nitz Vorwort | 7 |
| It's the internet, stupid? | 9 |
| Kann die Linke im Web 2.0 laufen lernen? Eine Diskussion | |
| Auszug aus dem Programm der Partei DIE LINKE | 19 |
| Sebastian Koch Für DIE LINKE ist Netzpolitik kein Neuland | 22 |
| Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik gegründet | 25 |
| Halina Wawzyniak Demokratie in der digitalen Gesellschaft | 26 |
| André Blechschmidt Medienkompetenz – die Weiterentwicklung der Vermittlungswege ist notwendig | 35 |
| Petra Sitte Medienbildung in der digitalen Gesellschaft | 45 |
| Halina Wawzyniak Internet und digitale Gesellschaft – ein Bericht über die Arbeit der Enquete-Kommission | 58 |
| Julia Bonk/Benjamin Winkler Das Grundrecht auf Internet verwirklichen | 69 |
| Zu Eigentum und Verfügung über die Netze als Frage im Netzausbau | |
| Julia Witt DATEN für ALLE | 80 |
| Open Data als Chance und Mittel der demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung | |

| | |
|--|-----|
| Halina Wawzyniak/Sebastian Koch Netzneutralität als Garant eines freien Internets | 89 |
| Petra Sitte Das Urheberrecht muss zu einem solidarischen Gesellschaftsvertrag für die digitale Welt werden | 97 |
| Stefan Wogawa Cyberwar – die dunkle Seite des Internets | 109 |
| Bodo Ramelow Verhältnis von Internet & Demokratie: Erklärung des Internets zur Privatsache | 117 |
| Paul Wellsow/Stefan Wogawa Auf dem Weg ins Web 2.0 | 127 |
| Thüringens LINKE als Beispiel für moderne politische Kommunikation | |
| Christoph Nitz/Timo Luthmann »Netzwelten – der Kampf um politische Hegemonie in der digitalen Welt« | 139 |
| Autorinnen und Autoren | 147 |

Vorwort

Netzpolitik, also die Politik zum und mit dem Internet, scheint zum Jahresende 2011 so etwas wie *Mainstream* geworden zu sein. Allgemein gilt der Überraschungserfolg der Piraten bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen und die darauffolgende Entdeckung von Twitter durch Peter Altmaier, den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, als breitenwirksames Erweckungserlebnis.

Dabei ist Netzpolitik schon viel länger von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Spätestens mit Beginn der Massenverbreitung des Internets Ende der 1990er Jahre fand die Digitalisierung ihren Einzug in alle Lebensbereiche. Die digitale Revolution und die schier unkontrollierbaren Möglichkeiten, Informationen und Daten zu erstellen, zu verbreiten, zu konsumieren und zu verändern, verändern unsere Art, uns zu informieren, unsere Arbeitsweisen, unseren Umgang mit persönlichen Daten und mit kreativen Werken. Dieser Wandel mit allen Chancen und Herausforderungen hat die Gesellschaft nachhaltig verändert. Wer sich diesem Wandel stellen will, muss online sein können. Der Zugang zum Internet ist so auch ein entscheidender Baustein für soziale Teilhabe. Ohne die entsprechende Infrastruktur vor Ort und die entsprechenden Endgeräte werden Menschen von diesem Wandel ausgeschlossen. Netzpolitik ist Kultur-, Bildungs-, Forschungs-, Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Während konservative Politikerinnen und Politiker das Netz lange als Nebenschauplatz der Telekommunikation ignorierten, es auf seine möglichen ökonomischen Potenziale reduzierten oder sich ausgiebig Gedanken darüber machten, wie es am besten zu kontrollieren und zu überwachen sei, erkannten die Nutzerinnen und Nutzer schnell die Möglichkeiten der Vernetzung und die damit einhergehenden Potenziale der Selbstorganisation. Gleichzeitig entstanden neue mächtige Konzerne, die diese Vernetzung und Selbstorganisation zu neuen Produkten verwandelten oder gemeinsam mit den Telekommunikationsriesen das Netz zum einem weiteren Unterhaltungstempel ausbauten und die eben noch emanzipierten Nutzerinnen und Nutzer wieder in die Konsumentenrolle locken.

Rund ein Jahr vor dem eingangs erwähnten Erweckungserlebnis des Mainstreams hat DIE LINKE im Rahmen ihrer Programmdebatte im Vorfeld des Parteitages vom Oktober 2011 begonnen, Netzpolitik umfassend als linkes Politikfeld zu definieren. Auf Grundlage des im November 2010 veröffentlichten Diskussionspapiers »It's the internet, stupid« ist Netzpolitik nun im Parteiprogramm verankert.

Dem gingen viele Einzelinitiativen, beispielsweise die Teilnahme am bislang erfolgreichen Kampf gegen Überwachungsinstrumente wie die Vorratsdatenspeicherung oder Netzsperrern, in den vergangenen Jahren voran. Mittlerweile haben sich in vielen Strukturen der LINKEN Netzpolitikerinnen und Netzpolitiker zusammengefunden. Die im September 2011 gegründete Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik findet regen Zulauf. Im vorliegenden Band dokumentieren wir einige Initiativen und Positionsbestimmungen linker Netzpolitik, die aus der Arbeit des vergangenen Jahres entstanden sind und Anregung und Diskussionsgrundlage für künftige LINKE Netzpolitik sein sollen.

Berlin, im Dezember 2011

*Bodo Ramelow, Petra Sitte,
Halina Wawzyniak und Christoph Nitz*

It's the internet, stupid?

Kann die Linke im Web 2.0 laufen lernen?

Welche Rolle spielt das Thema Netzpolitik bei den Parteien? Wie reagieren die Etablierten auf die Piratenpartei, welche mit dem Internet scheinbar mehr als nur ein Nischenthema besetzt haben? Gibt es eine digitale Zivilgesellschaft und wie groß ist deren Einfluss in der Politik? Darüber diskutierten Halina Wawzyniak und Bodo Ramelow, Christopher Lauer, Karsten Wenzlaff, Markus Beckedahl sowie Dr. Christoph Bieber bei der 8. Linken Medienakademie LiMA in Berlin am 12. März 2011. Die Debatte wurde von Julia Witt moderiert.¹

Spielt Netzpolitik innerhalb der Linksfraktion im Bundestag eine Rolle?

Halina Wawzyniak: Die Fraktion Die LINKE hat seit Anfang des Jahres eine netzpolitische Sprecherin. Das Thema Internet und die Frage »Wie kann ich soziale Netzwerke nutzen« bricht sich erst jetzt so langsam Bahn. Zunehmend nutzen immer mehr Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN etwa Twitter und Facebook. Ich glaube aber, es ist für die Linke wichtig, das Thema Netzpolitik nicht nur im engeren Sinne zu betrachten.

Für uns ist es, glaube ich, wichtig, auch zu sagen: Hier gibt es Ausgrenzungsprozesse, beispielsweise weil Personen keine materiellen Möglichkeiten haben, ins Netz zu gehen. Es ist wichtig, The-

¹ *Markus Beckedahl* ist Mitbegründer und Veranstalter der re:publica. Bekannt wurde er durch das Blog netzpolitik.org, welches er 2002 gründete. *Christopher Lauer* ist seit 2009 Mitglied der Piratenpartei Deutschland und war von Mai 2010 bis Mai 2011 deren politischer Geschäftsführer. *Karsten Wenzlaff* ist Social Media Manager und engagiert sich für das Thema Netzpolitik innerhalb der SPD. Er ist außerdem Online-Redakteur bei vorwaerts.de. *Dr. Christoph Bieber* ist Mitglied am »Zentrum für Medien und Interaktivität« an der Justus Liebig Universität Giessen, wo er auch als Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft arbeitet. Unter dem Titel »Internet und Politik« betreibt er ein eigenes Blog. (Die Angaben zu den weiteren DiskussionsteilnehmerInnen finden sich im AutorInnenverzeichnis auf S. 141f.)

men wie Netzsperrern oder Netzneutralität auf das alltägliche Leben runter zu brechen.

Markus, Sie haben den Begriff der »fünften Macht im Staate« mitgeprägt. Können Sie uns erklären, was man darunter verstehen kann?

Markus Bechedahl: Der Begriff der fünften Macht im Staate stammt eigentlich nicht von mir, sondern wird bereits seit vielen Jahren von einer Forschergruppe in Oxford verwendet. Mir ging es darum, als Karl-Theodor zu Guttenberg gestürzt bzw. zurückgetreten war, eine Gegenposition zu den sonstigen im Netz zu findenden Positionen zu vertreten. Plötzlich hieß es, dass das Internet Guttenberg gestürzt habe. Ich sehe das nicht so. Guttenberg ist durch das Internet mit gestürzt worden, doch es gab im Großen und Ganzen drei Faktoren, die dazu geführt haben. Ein Faktor war Guttenberg selbst. Hätte er nicht eine so katastrophale Krisenkommunikation betrieben, könnte er vielleicht noch Minister sein. Zweiter Grund waren die Medien. Es war ja nicht nur so, dass sich das Internet auf ihn eingeschossen hat, denn selbst die FAZ hat ihn zehn Tage unter Dauerfeuer genommen, was wahrscheinlich mehr Auswirkungen als alle Blogger zusammen gehabt hat. Aber ohne das Internet wäre er auch nicht gestürzt, weil die neue Öffentlichkeit im Netz zum ersten Mal durch »GuttenPlag Wiki« gezeigt hat, was durch Kollaboration, was durch Zusammenarbeit möglich ist und dass auf diesem Weg Politik gemacht werden kann. Es war ganz faszinierend, was da ablief. Auf einmal wurde die neue Öffentlichkeit im Web auch durch die Journalisten, die die vierte Macht im Staat darstellen, respektiert. Die haben bisher häufig behauptet, im Web passiere nur Mist, die würden nichts zustande bekommen. Auf jeden Fall hatte das Internet einen schlechten Ruf. Mir war es wichtig, nach diesen Vorfällen zu sagen, dass diese Debatte Blogger versus Journalisten tot ist. Und diese neue fünfte Macht kann jetzt die Vierte zum einen unterstützen, zum anderen auch kontrollieren.

Bodo, was hat Sie dazu bewogen, das Thema Netzpolitik in die Partei Die LINKE zu tragen?

Bodo Ramelow: In einer Zeit, in der ein schielendes Opossum auf Facebook über 300.000 Freunde bekommt und ein plagiiender Minister ebensoviele virtuelle Fans hat, die der Meinung sind, dass ein Plagiat das Normalste auf der Welt ist, in einer solchen Zeit ist das Netz einfach präsent. Der Punkt, an dem ich begann, mich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, war 2004, als ich Bundeswahlkampfleiter wurde und die Bremer Landtagswahl vorzubereiten hatte. Da haben wir uns im Bundeswahlbüro das erste Mal intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und festgestellt, dass wir alle keine Ahnung davon hatten. Ich bin zuerst durch meine Söhne mit der digitalen Welt konfrontiert worden. Sie haben mich immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wenn Politiker wieder dummes Zeug über das Netz erzählen. Der erste massive Berührungspunkt war das Massaker am Gutenberg Gymnasium in Erfurt, wo Politiker anschließend erzählt haben, dass »Counter Strike« Schuld daran ist, dass der Täter 19 Menschen erschossen hat. Darüber haben sich meine Söhne sehr geärgert, dass sie als »Counter Strike«-Spieler dermaßen öffentlich attackiert worden sind. Dann hat der Fraktionsvorsitzende der Thüringer SPD im Landtag sich fürchterlich aufgeregt, dass es anschließend eine LAN-Party gab. Und er war der Meinung, dass es sich dabei um eine Party handelte und man könne doch nach den Ereignissen in Erfurt keine Party feiern.

An solchen Beispielen wird deutlich, wie weit die digitale und analoge Welt auseinander sind. Als es um die Frage der Anwendung ging, habe ich gemerkt, dass wir keine Ahnung haben, was das Netz für uns im Wahlkampf bedeutet. Dann haben wir stärker angefangen, bei Wahlkämpfen Webseiten zu schalten, wobei die damals noch nicht den interaktiven Charakter hatten wie heute. Und wir haben uns angeschaut, was die »Holländische Tomatenpartei« zur Mobilisierung ihrer eigenen Mitgliedschaft in Wahlkämpfen gemacht hat und haben daran angelehnt, den ersten internetbasierten Mobilisierungswahlkampf in Bremen gemacht. Ich begann mich daraufhin zu fragen, was die Partei mit dem Netz macht.

Und was macht die Partei mit dem Internet?

Bodo Ramelow: Noch heute merke ich, wenn ich im Parteivorstand über Medienkompetenz und Entwicklung von Kommunikationsstrategien spreche, dass hinterher bedeutende Parteifunktionäre fragen, was ich eigentlich gemeint hätte. Und dann kommen Fragen wie »Was ist denn Twitter?« und »Was ist denn Facebook?«. Ich will diese Plattformen nicht überbewerten. Für mich sind das alles nur Instrumente. Die Frage ist nur: Wie gehen wir mit den Instrumenten um? Das Internet ist weder gut noch böse, noch demokratisch oder undemokratisch. In Ungarn haben die Faschisten ihre Wahlkämpfe auch im Netz gemacht und beispielsweise massiv Antisemitismus verbreitet. Wir müssen lernen, damit umzugehen.

Wie ist es bei Ihnen innerhalb der SPD um das Thema Netzpolitik bestellt?

Karsten Wenzlaff: Wir haben in der SPD seit der Wahlniederlage 2009 so eine Art Erneuerungsprozess. Allerdings werden noch viel zu wenig Digital Tools eingesetzt. Da lebt uns die Piratenpartei ein Stück politische Kultur vor. Es ist schwer, nicht nur innerhalb der SPD, sondern generell bei allen Parteien, dieses Stück Kultur richtig umzusetzen. Dann ist es oft so, dass Fachpolitiker, die sich mit Netzpolitik auskennen, relativ schnell überstimmt werden, wenn andere Themenbereiche und Positionen relevant werden. Wir hatten zum Beispiel den Fall, dass, als die Wikileaks-Depeschen veröffentlicht wurden, die Außenpolitiker der Partei gesagt haben, das wäre ein gefährliches Tool und man müsse damit sehr aufpassen. Das ist sehr ärgerlich. Man würde doch auch nicht sagen, wenn auf einer Autobahn eine Massenkarambolage stattfindet, dass das Tool Autobahn gefährlich ist. Man würde dann doch auch auf die Fachpolitiker zurückgreifen und versuchen, auf eine gemeinsame Position zu kommen, was beim Thema Netzpolitik leider selten der Fall ist.

Es ist aber auch ein Mythos, zu glauben, dass die Politiker, die das Netz aktiv nutzen, auch unbedingt in ihren Positionen netzaffiner werden. Das Nutzen des Netzes sagt noch nichts darüber aus, ob die Leute auch verstehen, wie das Netz funktioniert. Obwohl jetzt im Bundestag fast alle Abgeordneten ein iPad haben, ändert das noch nichts daran, dass in der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« manchmal unglaubliche Stur-

heit und auch Unwissenheit gegenüber grundlegenden Netzmechanismen herrscht.

Wie kann man aus einer lebendigen Bewegung voller Querdenker, die sich haufenweise bei den Piraten finden, eine richtige Partei machen?

Christopher Lauer: Die Piratenpartei befindet sich momentan noch in einem Findungsprozess. Ich finde es wichtig, dass diese netzpolitische Bewegung zu einer richtigen Partei wird. Ich glaube nicht, dass es die Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft« geben würde, wenn man nicht gemerkt hätte, dass 850.000 Leute eine neue Partei wählen, die ein neues Thema besetzt. Ich glaube auch nicht, dass sich DIE LINKE mit »liquid democracy« auseinandersetzen würde, wenn die Piratenpartei hier nicht Experimente mitmachen würde. Von daher sind wir ein wichtiger Impulsgeber. Ich glaube auch, dass das Parteiensystem ein sich selbst regulierender Prozess ist. Wenn ein Thema nicht besetzt wird, greift das irgendeine Gruppierung auf, was beim Thema Netzpolitik eben die Piratenpartei ist.

Was passiert mit einer Gruppe, die innerhalb einer Partei sehr dezidierte Positionen vertritt und sich einerseits mit den Fachpolitikern anderer Parteien messen lassen muss, aber gleichzeitig in den eigenen Reihen gezwungen ist, ganz andere Wege zu gehen, um für ihr Thema Akzeptanz zu gewinnen?

Christoph Bieber: Ich will zunächst einmal darauf hinweisen, dass es die Debatte zum Thema Netzpolitik nicht erst seit gestern oder seit eins, zwei oder drei Jahren gibt, sondern schon viel älter ist. Wir hatten schon einmal in den 1990er Jahren eine Enquete-Kommission, die sich mit dem Internet auseinandergesetzt hat. Da ging es auch schon um eine mögliche gesellschaftspolitische Innovation, die sich mit der Nutzung von Computern und Netzwerken befasst. Davon ist allerdings nicht viel hängen geblieben. Wir hatten in den 1990er Jahren auch schon ganz innovative Versuche innerhalb der Parteien, das Netz zu nutzen, die eigene Organisation zu verändern. Die Experimente mit dem virtuellen Ortsverein gehen in der SPD bis ins Jahr 1995 zurück. Die Grünen haben einen virtuellen Parteitag veranstaltet, der auch schon über zehn Jahre her ist. Man muss sich fragen: Was bringt das alles für die parteiin-

terne Auseinandersetzung? Man muss mit Blick auf heute sagen, dass das offenbar nicht besonders viel ist. Erst seit dem Jahr 2009 haben wir eine substanzielle Diskussion um Netzpolitik als Politikfeld, die quer durch die Parteien geführt wird. Das hat sicher auch mit den Piraten zu tun, die gezeigt haben, dass es sich nicht mehr nur um ein Randthema handelt. Es spielen da aber auch andere Gründe hinein.

Welche Gründe wären das?

Christoph Bieber: Natürlich als Beispiel Barack Obama, wobei auch sein Wahlkampf nicht erst das Internet als Kampagnenraum erfunden hat. Zusammen mit Wikileaks, mit Guttenberg, zusammen auch mit der Krisenkommunikation, sind auch nicht erst in diesen Tagen erfunden worden. Das gab es alles schon einmal. Im Moment neigt man dazu, den Innovationsgrad ein bisschen zu überziehen. Politik hat durchaus schon einiges gelernt, was das Thema angeht. Sie hat aber auch gelernt, und das betrifft vorrangig Menschen, die vor 2009 versucht haben, Netzpolitiker zu sein, dass man mit diesem Thema keinen Blumentopf gewinnen kann. Das sieht man zum Beispiel auch an der Besetzung der Enquete-Kommission, die, wenn man auf die Führungspositionen schaut, nicht unbedingt vor netzpolitischem Sachverstand sprüht.

Wenn man auf die Parteien als Organisationen schaut, dann ist es in den letzten zehn bis 15 Jahren nicht gelungen, dieses Thema so zu positionieren, dass man damit erfolgreich parteiinterne Karrieren machen kann. Spannend ist jetzt, ob sich nach der Zäsur im Jahr 2009 mit der Zensursula-Debatte, mit der erfolgreichen E-Petition und mit dem allmählichen Entstehen der Piratenpartei, auch wirklich etwas ändert.

Karsten Wenzlaff: Ich möchte auf das zurückkommen, was Markus vorhin als fünfte Macht beschrieben hat. Aus meiner Sicht ist das Netz noch keine fünfte Macht. Das ist auch der Grund, weshalb sich in den Parteien noch nichts in Sachen Netzpolitik bewegt. Man kann da bisher relativ wenig verändern. Die Piratenpartei hat zwar einen Impuls gegeben, der wichtig war, aber es ist nicht so, dass es die Netzgemeinde tatsächlich schaffen kann, politische Prozesse anzustoßen. Man hat das bei Guttenberg gesehen. Da war es am Schluss im Grunde genommen Angela Merkel, die wahrscheinlich Anette Schavan vorgeschickt hat, um Guttenberg abzulösen. Na-

türlich gab es vorbereitende Prozesse, aber letzten Endes kam der letzte Impuls eben nicht aus dem Netz. Auch beim Medienschutzstaatsvertrag waren es nicht die vielen Blogs oder die vielen Briefe der Piratenpartei oder die 20.000 Tweets zum Thema. Am Schluss waren es parteitaktische Spielchen der nordrhein-westfälischen CDU. Wenn momentan bestimmte Debatten aus dem Netz nicht von den klassischen Medien aufgegriffen werden würden, dann würden wir leider nur unter uns diskutieren. Wir haben es in der Linken insgesamt noch nicht geschafft, eine linke, digitale Zivilgesellschaft zu etablieren.

Stichwort digitale Zivilgesellschaft: Hat sich durch Wikileaks, durch Guttenberg und die anderen Prozesse der letzten Monate etwas grundsätzlich in der Qualität im Umgang mit dem Netz geändert?

Halina Wawzyniak: Ich würde Karsten auf der einen Seite zustimmen, auf der anderen allerdings nicht. Die These, dass das Netz noch keine fünfte Macht ist, mag aus meiner Sicht für die Gesellschaft zutreffen, aber sie gilt gerade nicht für Parteien. Wenn wir uns die Frage stellen, warum Parteien solche Schwierigkeiten mit dem Netz haben, dann liegt das daran, dass Parteien an sich sehr hierarchisch aufgebaut sind. Als ich ungefähr 2005 angefangen habe, zu bloggen, habe ich dies aus einem antiautoritären Impuls heraus getan, weil ich keine Lust hatte, irgendeine Presseerklärung an eine Pressestelle zu schicken, die dann überlegt, ob man die vielleicht rauschicken kann oder nicht. Insofern glaube ich, es wird tatsächlich von zumindest sehr autoritär strukturierten oder hierarchischen Organisationen als Problem angesehen. Ich würde Karsten darin zustimmen, dass wir über eine digitale Gesellschaft reden müssen. Man muss dafür werben, dass Netzpolitik Gesellschaftspolitik ist. Wenn man fragt, was sich verändert hat, dann muss man sagen, dass sich etwas verändert hat, indem bestimmte Dinge wie Twitter oder Facebook von den Leuten anders dargestellt werden als bisher. Für mich hat sich besonders das Medienverhalten geändert. Ich kann das an mir selber deutlich machen: Ich nutze kaum noch meinen Fernseher oder Radio, ich informiere mich über das Internet. Junge Leute nutzen das Internet noch intensiver und deshalb besteht gerade die Aufgabe der Linken darin, dieses Medium noch mehr zu nutzen, das ja auch nur ein Abbild

unserer Gesellschaft ist. Ich sag es mal ganz provokativ: Da muss es darum gehen, dort in Zukunft eine kulturelle Hegemonie, eine Meinungshegemonie zu erreichen.

Früher hatten wir den klassischen zeitlichen Medienrhythmus, dass Zeitungen eine Meldung aufgenommen und die meisten Menschen diese erst am nächsten Tag gelesen haben. Durch das Netz hat sich das geändert, man kann praktisch sekundlich auf Informationen zurückgreifen. Inwieweit hat sich dadurch die Partizipation der Gesellschaft an Entscheidungsprozessen geändert?

Markus Beckedahl: Für viele Menschen gilt immer noch dieser klassische Medienrhythmus von einem Tag. Durch das Echtzeitnetz beschleunigt sich die Informationsverbreitung, beschleunigt sich der Druck auf Politik, was nicht unbedingt gut sein muss. Allerdings müssen wir akzeptieren, dass das so stattfindet. Wenn alles immer schneller funktioniert, dann muss die Politik auch immer schneller reagieren. Das führt zu sehr viel Symbolpolitik, was wiederum dazu führt, dass man sich nicht mehr so viel Zeit nimmt. Ich glaube aber auch, dass dieser Effekt schon in der Vorinternetzeit aufgetreten ist. Gleichzeitig beobachte ich aber auch, dass man ein Thema zwei Stunden im Internet verfolgt und oft glaubt, es hätte sich dann bereits erledigt. Man hat etwas zu einem Thema etwa schon auf Twitter gelesen und jeder hat es kommentiert. Während dann erst der gesellschaftliche Diskussionsprozess stattfindet, sind die, die in dieser Echtzeitwelt leben, schon zum nächsten Thema gesprungen und interessieren sich vielleicht nicht mehr dafür.

Haben wir es dann nicht mit einer fragmentierten Gesellschaft zu tun? Auf der einen die netzaffinen Personen, die in Echtzeit im Netz Informationen erhalten und verarbeiten und auf der anderen Seite die, die eher dem klassischen Medienrhythmus folgen?

Bodo Ramelow: Wir reden hier über zwei unterschiedliche Instrumente und müssen uns deshalb fragen, wie wir damit umgehen. Ein gutes Beispiel ist hier der Protest gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar in Dresden. Zwei Mal Dresden mit seinen unterschiedlichen Möglichkeiten. Einmal Dresden mit seinen Hashtags bei Twitter, dem Internetradio und anderen Dingen, aber auf der anderen Seite immer wieder rückgebunden mit den Leuten, die in der Realität auch überprüfen, ob das tatsächlich stattfindet.

Das Problem ist: Wenn man nur eines davon betrachtet, sieht man nur die Hälfte. Wir haben es tatsächlich mit einer sich fragmentierenden Gesellschaft zu tun. Auf der einen Seite die, die sich ausschließlich in der analogen Welt bewegen, und auf der anderen Seite die, die dies fast nur noch in der digitalen Welt tun. Man muss anfangen, sich in die jeweils anderen Bereich langsam rein zu denken. Ich glaube, alle großen Organisationen müssen lernen, damit umzugehen.

Christoph, wie sehen Sie das mit dem Zeitaspekt im Zwiespalt zwischen digitaler und analoger Gesellschaft?

Christoph Bieber: Der politische Prozess basiert darauf, dass bestimmte Dinge und Entscheidungen eben Zeit brauchen. Parlamentarische Prozesse arbeiten gegen diesen Mahlstrom der Echtzeitkommunikation und müssen dagegen anstehen, um gute Entscheidungen zu erreichen. Auf der anderen Seite, in der Kommunikation mit den Bürgern, mit oder gegen den politischen Konkurrenten, sieht es natürlich ganz anders aus. Da muss sich der Politiker dann aber in der individuellen Perspektive mit den Möglichkeiten der Echtzeitkommunikation über Neue Medien auseinandersetzen. Das ist dann aber eine Frage des individuellen Zeitmanagements. Dies wird dann aber immer wieder erfordern, dass dieser Prozess professionalisiert und zum Teil auch auf mehrere Schultern aufgeteilt wird. Dann kommt man allerdings wieder in ein strukturelles Problem, weil viele Kommunikationsformen im Netz gerade darauf basieren, dass man das Bild mit dem Smartphone eben tatsächlich selbst macht und nicht irgendein Mitarbeiter diese Aufgabe erledigt. Insofern haben wir das Problem, dass diese Dinge nicht unter einen Hut zu bringen sind.

Was sind das eigentlich für Leute, welche sich auf dem virtuellen Marktplatz tummeln? Ist das genau ein Abbild der Gesellschaft, wie wir sie auch in der analogen Welt finden?

Halina Wawzyniak: Für mich gilt, dass das Netz und die Leute, die sich darin tummeln, ein Abbild der Gesellschaft sind. Ich habe es schon immer für falsch gehalten, anzunehmen, im Netz tummelten sich nur die Wahren, Guten und Schönen. Deshalb kommt es für die gesamte Linke darauf an, dieses Medium zu nutzen, sich dort einzumischen, um gesellschaftliche Hegemonie zu erreichen.

Es sind sozusagen dieselben Leute, die ohnehin gesellschaftlich aktiv sind. Eigentlich ist es dasselbe, wie in die Kneipe zu gehen und anzufangen, mit den Leuten dort zu diskutieren.

Wie Sie bereits festgestellt haben, wäre DIE LINKE momentan nicht in der Lage, einen netzpolitischen Kongress abzuhalten. Was müssen wir tun, um das Thema aus der Nische einiger einzelner Experten herauszuholen und mehr Akzeptanz in den Parteistrukturen zu erreichen?

Halina Wawzyniak: Ich würde der Behauptung widersprechen, dass wir keinen netzpolitischen Kongress organisieren könnten. Wir haben besonders im Osten eine Struktur, wo es nicht so einfach ist, dass sich die Genossinnen und Genossen vorrangig über das Internet informieren. Es geht aber noch weiter: Wir müssen übersetzen, worum es in den Netz-Debatten geht. Eine abstrakte Diskussion zum Thema Netzneutralität und -sperrern geht zum einen Ohr rein und zum anderen wieder raus. Wenn ich es aber übersetze und sage, wenn Netzneutralität nicht gesichert ist, dann hat zum Beispiel eine kleine NGO, die einen Videofilm ins Netz stellt, der nicht mit der gleichen Priorität übertragen wird, ein Problem. Dann bedeutet das, wenn wir Netzsperrern haben, dass mit einer möglichen Filtersoftware eure Inhalte geblockt werden, weil eure Schriften eventuell vermeintlich unter den Bereich jugendgefährdend fallen. Wenn ich das Leuten, die das Internet nur so nutzen, oder Abgeordneten, die es über ihre Mitarbeiter benutzen lassen, so erkläre, dass das Auswirkungen auf ihre konkrete Arbeit hat, dann entsteht Sensibilität.

Die Autorinnen und Autoren

André Blechschmidt ist Mitglied der Linksfraktion im Thüringer Landtag und Fachsprecher für Justiz, Medien und Sport.

Julia Bonk ist Mitglied der Linksfraktion im sächsischen Landtag, Sprecherin für Daten- und Verbraucherschutz sowie neue Medien.

Sebastian Koch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Halina Wawzyński (MdB, netzpolitische Sprecherin), Sprecher der LAG Netzpolitik der LINKEN in Berlin und koordiniert die BAG Netzpolitik. Er ist seit geraumer Zeit netzpolitisch aktiv und Vorstandsmitglied des PolitCamp e.V.

Thimo Luthmann studierte Medien und ev. Theologie an der Universität Osnabrück und ist seit Ende der 1990er Jahre in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv. Er ist Gründungsmitglied der Softwaregenossenschaft mensch.coop eG, die an der Entwicklung von Open-Source Social Networks für die Zivilgesellschaft arbeitet.

Robert Meyer lebt und arbeitet als freier Journalist in Chemnitz. Er studierte Germanistik. Neben seinem gegenwärtigen Masterstudium der Medienkommunikation schreibt er für das »Neue Deutschland«.

Bodo Ramelow ist Vorsitzender der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Von 2004 bis 2008 war er Bundeswahlkampfleiter der Partei. Er gehört seit 2004 dem Bundesvorstand an.

Petra Sitte ist seit 2005 Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Dort ist sie Sprecherin für Forschungs- und Technologiepolitik der LINKEN, Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie Mitglied im Unterausschuss Neue Medien und in der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«.

Halina Wawzyński ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN und Netzpolitische Sprecherin der Fraktion. Seit 2008 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Partei.

Paul Wellsow ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Benjamin Winkler lebt in Leipzig und studierte Soziologie an der Universität Leipzig. 2008/2009 war er an der Durchführung der

Sozialraumanalyse in der Kleinstadt Colditz beteiligt. Er beschäftigt sich mit Einflussfaktoren und der Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen sowie im ländlichen Raum.

Julia Witt ist Sprecherin der LAG Netzpolitik Berlin, www.netzpolitik-berlin.linkeblogs.de, und Mit-Gründerin und Koordinatorin der Aktionsplattform »opendataberlin«, berlin.opendataday.de; opendataberlin.wordpress.com. Sie war mehrere Jahre Büroleiterin des Linken Wirtschaftssenators in Berlin und ist jetzt Bezirksstadträtin für Jugend, Familie, Weiterbildung und Kultur in Marzahn-Hellersdorf/Berlin.

Stefan Wogawa, Soziologe und Wissenschaftshistoriker, ist Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.